

Streit um die richtige Schulstruktur

Seit über 40 Jahren wird in Nordrhein-Westfalen über die Schulstruktur teils erbittert gerungen. In den sechziger Jahren stand die Frage von Bekenntnisschulen im Mittelpunkt, in den siebziger Jahren erregten die Pläne zur Einführung der „Koop-Schule“ die Gemüter. Die Gegner mobilisierten erfolgreich in einem Volksbegehren gegen die flächendeckende Einführung der Gesamtschule. Auch in den vergangenen Jahren wurden Gründungen von Gesamtschulen vehement eingefordert wie bekämpft.

Veränderungen in der Schullandschaft

Seit einigen Jahren führt ein deutlicher Schülerrückgang im Zuge des demografischen Wandels dazu, dass das Schulangebot in der bisherigen ausdifferenzierten Form nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Gleichzeitig hat sich das Elternwahlverhalten deutlich geändert. Die Eltern wollen verstärkt Schulformen, die die Schullaufbahn für ihre Kinder möglichst lange offenhalten. Besonders die Hauptschule wird immer weniger angewählt. Auch die Schulzeitverkürzung (G8) an den Gymnasien hat einen deutlichen Nachfrageschub für die Gesamtschulen ausgelöst, weil diese nach wie vor in neun Jahren zum Abitur führen.

Unterschiedliche Ansätze

Die schwarz-gelbe Landesregierung unter Jürgen Rüttgers hat mit einer Qualitätsoffensive versucht, die Hauptschule zu stabilisieren. Das ist fehlgeschlagen. Neue Ansätze in den Kommunen z.B. zu Gemeinschafts- oder Profilschulen wurden blockiert. Lediglich die organisatorische Verknüpfung von Haupt- und Realschulen in Verbundschulen wurden – unter erheblichen Auflagen – erlaubt. Dabei bleiben aber beide Schulformen pädagogisch strikt getrennt.

SPD und GRÜNE haben sich für das Modell der Gemeinschaftsschule ausgesprochen, um ein demografiefestes und bedarfsgerechtes, wohnortnahes Schulangebot zu ermöglichen, das gleichzeitig Qualitäten sicherstellt: Mehr längeres gemeinsames Lernen, Offenhalten der Schullaufbahn, gymnasiale Standards und entweder eine verbindliche Kooperation mit einer anderen Oberstufe oder direkt eine Schulgründung mit Sekundarstufen I und II.

Aufbruch nach der Wahl

Im Koalitionsvertrag haben SPD und GRÜNE vereinbart, dass die Schulentwicklung nicht zentral vom Land festgelegt wird. Es sollte keine Schulform von Landesseite abgeschafft werden, stattdessen sollten die Kommunen die Möglichkeiten erhalten, sich für die Gemeinschaftsschule zu entscheiden. Rasch nach der Regierungsbildung wurde mit dem Modellvorhaben Gemeinschaftsschule den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, schon zum nächsten Schuljahr an den Start gehen zu können. Gleichzeitig war beabsichtigt, durch eine Änderung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule zu verankern. Diese Öffnung in der Schulstrukturentwicklung hat bis zum Frühjahr 2011 eine enorme Dynamik entfaltet. Neben den zwölf Gemeinschaftsschulen, die zum 1. August 2011 an den Start gehen, haben mehr als 100 Schulträger ihr Interesse an der Errichtung einer Gemeinschaftsschule, zum Teil schon mit Ratsbeschlüssen, bekundet. Der Anteil CDU-geführter Kommunen ist dabei besonders groß.

Bildungskonferenz – Gemeinsam Lösungen suchen

Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode hatten die Grünen eine Bildungskonferenz angeregt, die einen Schulkonsens ausloten sollte. Eine Enquetekommission des Landtags

hatte einen ähnlichen Ansatz. Beides scheiterte letztlich an der Weigerung der Regierung Rüttgers. Nach dem Regierungswechsel haben Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Schulministerin Sylvia Löhrmann VertreterInnen von über 50 Verbänden und Organisationen zu einer Bildungskonferenz geladen: u.a. Elternverbände, Gewerkschaften, Kirchen, die LandeschülerInnenvertretung, die Handwerkskammer, und viele mehr. In einem konzentrierten und konstruktiven Arbeitsprozess, für deren Moderation Sylvia Löhrmann große Anerkennung erhielt, hat die Bildungskonferenz in mehreren Arbeitsgruppen und Plenarrunden eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. Auf dem Weg dahin waren nur die FDP und der Realschullehrerverband lehrer nrw aus der Konferenz ausgestiegen. Zur Überraschung vieler ist es gelungen, sich mit einer übergroßen Mehrheit auf konkrete Aussagen zu einigen. Diese wurden im Mai an die Landesregierung und den Landtag übergeben.

Auf dem Weg zum Konsens

Die CDU hatte mittlerweile sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene eine schulpolitische Öffnung eingeleitet und sich sowohl von der Hauptschulgarantie verabschiedet, als auch erstmals die Gesamtschulen anerkannt. Als Lösung für die Herausforderungen präsentierte die CDU das Modell der Verbundschulen. Partei- und Fraktionsspitze äußerten ihre Bereitschaft zum Konsens.

Die Landesregierung lud im Anschluss an die Bildungskonferenz alle Fraktionen zu Konsensgesprächen ein. Die FDP stellte klar, dass sie längerem gemeinsamen Lernen genauso wenig zustimmen könne wie der Gemeinschaftsschule. Die CDU weigerte sich unter Beteiligung der Linken an Konsensgesprächen teilzunehmen.

Im Juli gelang es dann nach einigen Anlaufschwierigkeiten, in konstruktiven und vertraulichen Gesprächen zwischen CDU, SPD und GRÜNEN auf Spitzenebene unter Einbeziehung der FachpolitikerInnen der Fraktionen den Weg zu einem Konsens auszuloten.

Das überraschende Ergebnis

Herausgekommen ist eine klare Botschaft: Mit der Sekundarschule wird eine neue Schulform verankert, die mehr längeres gemeinsames Lernen, Offenhalten der Schullaufbahn, gymnasiale Standards und verbindlichen Anschluss an gymnasiale Oberstufen bietet. Gleichzeitig werden die Gründungsbedingungen für Gesamtschulen (also das integrative Angebot für eine Schule der Sekundarstufen I und II) verbessert und Anmeldehürden gesenkt. „Wenn das kein großer Wurf ist!“ (Sylvia Löhrmann)

Positive Reaktionen

Die Berichterstattung in der Presse, die Rückmeldungen vor Ort und von den Verbänden und Organisationen ist überaus positiv. In seltener Eintracht haben GEW und Philologenverband, die Gesamtschulverbände (GGG und Schulleitungsverband), die Kirchen und kommunalen Spitzenverbände u.v.m. den Konsens gelobt. Selbst der Realschullehrerverband lehrer nrw zollte Anerkennung. Abseits stehen zurzeit die LINKE und die FDP. Doch selbst dort gab es vom vormaligen Landeschef Pinkwart viel Lob und wenig Verständnis für die schroffe Ablehnung seitens der FDP-Landtagsfraktion.

Fragen und Antworten

Im Detail gibt es aber viele Fragen und teilweise wurden die Ergebnisse in der Presse unvollständig oder verfälschend wiedergegeben. Deshalb haben wir einen Frage-Antwort-Katalog verfasst (siehe Anhang), der hoffentlich viele Fragen klärt.

Für weitere Fragen wendet Euch an die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, die Parlamentarische Geschäftsführerin Sigrid Beer, oder den wissenschaftlichen Mitarbeiter für Schule und Weiterbildung Norbert Czerwinski.

(sigrid.beer@landtag.nrw.de oder norbert.czerwinski@landtag.nrw.de)